

Parmelin buhlt um Frauen und Junge

Luftwaffe Verteidigungsminister verschickt Einladungen für neue Kampfjet-Kontaktgruppe, Parteien sind unerwünscht

VON LORENZ HONEGGER

Verteidigungsminister Guy Parmelin versucht, zwei Jahre vor der absehbaren Abstimmung über die Erneuerung der Luftwaffe die Reihen zu schliessen: in der Gesellschaft, aber auch in der Armee. Die fehlende Einigkeit unter hohen Offizieren galt als einer der Hauptgründe, weshalb Vorgänger Ueli Maurer 2014 die Abstimmung zur Beschaffung der schwedischen Gripen-Kampfjets verlor.

Recherchen zeigen: Anfang August hat das Verteidigungsdepartement (VBS) 19 «sicherheitspolitisch und militärischpolitisch relevante» Organisationen zur Teilnahme an einer Kontaktgruppe eingeladen; das Schreiben liegt der «Nordwestschweiz» vor.

Die Teilnehmer der neuen Gruppe sollen sich bis im November 2019 rund sechs Mal in Bern und Thun mit den Verantwortlichen des Projekts «Air2030» treffen, Fragen stellen und Meinungen austauschen. «Dadurch sollen Schwachstellen erkannt und eine breite Abstützung ermöglicht werden», schreibt das VBS. Die erste Sitzung findet bereits heute in einer Woche statt.

Fehler von 2014 nicht wiederholen

Zu den angeschriebenen Organisationen gehören natürliche Kandidaten wie die Gesellschaft der Luftwaffenoffiziere oder die Gruppe Giardino, aber auch zwei militärfremde Gruppierungen: der Frauendachverband Alliance F und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände. Diese sind laut einem VBS-Sprecher nicht wegen ihrer militärpolitischen Expertise eingeladen, sondern weil «den Anliegen, Fragen und Bedenken von Frauen und Jugendlichen» bei der letzten Abstimmung «wahrscheinlich zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde».

Tatsächlich stimmten im Jahr 2014 gemäss der im Nachgang des Urnengangs erstellten Vox-Analyse nur 42 Prozent der Frauen für den Kauf der 22 Gripen-Kampfflugzeuge zum Preis von 3,1 Milliarden Franken, gegenüber 53 Prozent bei den Männern.

Auffällig ist zudem, wer auf der Einladungsliste des VBS fehlt: die vier Bundesratsparteien. Noch im April 2016, als Parmelin eine erste Begleitgruppe ins Leben rief, welche die Vorbereitung der Luftwaffenerneuerung unterstützte, standen SP, CVP, FDP und SVP zuoberst auf der Einladungsliste. Das VBS sagt, es gehe bei der



Das VBS lädt «sicherheitspolitisch und militärpolitisch relevante Organisationen» in seine neue Kontaktgruppe ein.

FOTO: KEYSTONE; AUSRISSE: NCH

8

Milliarden Franken. So viel Geld will der Bundesrat «maximal» für die Erneuerung der Luftwaffe ausgeben. Armee-kreise fordern mindestens eine Milliarde mehr.

neuen Kontaktgruppe anders als bei der Begleitgruppe nicht mehr darum, Empfehlungen zu erarbeiten, sondern mit den angeschriebenen Organisationen im Gespräch zu bleiben. Das sei bei den Parteien ohnehin schon der Fall: «Die Politiker und Parteien erhalten ihre Informationen durch ihren Einsatz in den sicherheitspolitischen Kommissionen.»

Das VBS bittet die eingeladenen Gruppierungen zudem, keine Politiker in die Kontaktgruppe zu schicken: «Um den Vorwurf zu vermeiden, einzelne Parlamentsmitglieder erhielten einen Informationsvorsprung, sollten möglichst keine aktiven Parlamentarier bestimmt werden.» Mit SP-Ständerätin Géraldine Savary nahm

2016 auch eine aktuelle Parlamentarierin an der Begleitgruppe teil.

Maximal oder minimal?

Zwei wichtige Fragen, die der Bundesrat bis im November beantworten muss, betreffen die nächsten Schritte im Beschaffungsprozess der Luftwaffenerneuerung und den finanziellen Rahmen. VBS-Chef Parmelin will das Projekt vorzugsweise in einem Planungsbeschluss festhalten: Dabei handelt es sich um eine Grundsatzentscheidung über den Kauf neuer Kampfflugzeuge und eines neuen Fliegerabwehrsystems, verbunden mit einem fixen Geldbetrag. Luftwaffengegner können, wenn sie wollen, dagegen das Re-

ferendum ergreifen, was als so gut wie sicher gilt.

Bereits jetzt ist klar: Die Variante Planungsbeschluss stösst in der bis am 22. September laufenden Vernehmlassung nicht überall auf Begeisterung. Kritiker, darunter die FDP, befürchten die Einführung eines Rüstungsreferendums durch die Hintertür. Widerstand regt sich auch gegen die acht Milliarden Franken, welche der Gesamtbundesrat «maximal» für die Luftwaffenerneuerung ausgeben will. Militärische Kreise fordern «minimal» neun Milliarden Franken - so viel, wie SVP-Magistrat Parmelin im Frühling seinen Regierungskollegen ursprünglich beantragt hatte.

Mehrheit will verantwortliches Handeln von Schweizer Firmen auch im Ausland

Umfrage Die Konzernverantwortungsinitiative geniesst grosse Sympathien. Bringt das den bürgerlichen Ständerat dazu, Ja zum Gegenvorschlag zu sagen?

VON MICHEL BURTSCHER

Die Initianten der Konzernverantwortungsinitiative scheinen einen Nerv zu treffen. Die Sympathien in der Bevölkerung sind gross - und zwar in allen politischen Lagern. Das besagt jedenfalls eine neue Umfrage im Auftrag der Initianten, die der «Nordwestschweiz» vorliegt. Demnach wären 74 Prozent der Befragten bestimmt oder eher dafür gewesen, wenn schon über die Vorlage abgestimmt worden wäre. Selbst bei FDP- und SVP-Wählern sprechen sich 64 beziehungsweise 69 Prozent dafür aus. Durchgeführt hat die Umfrage das Forschungsunternehmen Demoscope, teilgenommen haben 910 Personen.

Die von einer Allianz von über 60 Nichtregierungsorganisationen lancierte Initiative verlangt, dass Schweizer Unternehmen und ihre Tochterfirmen auch im Ausland Menschenrechte und

Umweltstandards einhalten müssen. In der Sommersession hat der Nationalrat einen Gegenvorschlag verabschiedet, zu dem die Rechtskommission des Ständerats morgen Anhörungen durchführt. Dieser Gegenvorschlag schwächt die Initiative in einigen Punkten ab: So wären weniger Unternehmen betroffen, weil kleine und mittlere Betriebe grundsätzlich von den neuen Regeln ausgenommen wären. Zudem wären nur Schäden an Leib, Leben oder Eigentum einklagbar. Die Initianten haben zugesichert, ihr Begehren zurückzuziehen, wenn der Gegenvorschlag so durch das Parlament kommt. Der Vorteil für sie: Schärfere Regeln für die Unternehmen wären auf diesem Weg schneller gesetzlich verankert, und sie müssen keinen teuren Abstimmungskampf bestreiten, den sie auch verlieren könnten. Doch besonders in den Reihen der FDP und der SVP sind die Vorbehalte gegenüber dem Gegenvorschlag noch gross.

Eine strategische Frage

Mit der neuen Umfrage erhöhen die Initianten nun den Druck auf die Skeptiker. So sagt beispielsweise der Auserrhoher FDP-Ständerat Andrea Caroni: «Inhaltlich finde ich den Gegenvorschlag problematisch.» Dieser gehe zu

weit, findet er. «Dem durchaus nachvollziehbaren Anliegen der Initianten wird auch damit nicht geholfen, weil die betroffenen Unternehmen ihren Sitz einfach in ein anderes Land verlegen können», argumentiert Caroni. Grundsätzlich tendiere er darum im Moment dazu, den Gegenentwurf abzulehnen. Am Schluss ist es für ihn aber auch eine strategische Frage: «Ich behalte mir vor, einen Gegenentwurf als kleineres Übel zu unterstützen.»

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse lehnt den Gegenvorschlag in seiner jetzigen Form ab. «Die Rechtsunsicherheit für Unternehmen und die Attraktivität, gegen Unternehmen in der Schweiz zu klagen, würden damit massiv erhöht», sagt Erich Herzog, stellvertretender Leiter Wettbewerb und Regulatorisches. Economiesuisse fordert Anpassungen: Entsprechende Klagen sollen demnach zuerst im Ausland eingereicht werden müssen, bevor Kläger in der Schweiz aktiv werden dürfen.

Zudem soll die Beweislast - anders als von Initiative und Gegenentwurf vorgesehen - nicht umgekehrt werden. «Die Unternehmen könnten sonst leicht Opfer von erpresserischen Klagen werden, auch wenn diese unbegründet sind», sagt Herzog. Dass der Ständerat noch

Änderungen vornimmt, ist nicht ausgeschlossen. So sagt der Bündner CVP-Ständerat Stefan Engler, dass er einen Gegenvorschlag zwar befürworte. Aber: «Über den Text müssen wir noch diskutieren und wenn nötig Korrekturen anbringen.»

Initianten zeigen sich beharrlich

Doch damit steigt die Chance, dass die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird. Rahel Ruch, Koordinatorin der Initiative, sagt: «Wir sind bereits Kompromisse eingegangen.» Noch mehr Zugeständnisse lägen nicht drin. «Die Umfrageergebnisse zeigen, wie gross das Unbehagen in der Bevölkerung wegen Menschenrechtsverletzungen und Verstössen gegen Umweltstandards von Schweizer Unternehmen im Ausland ist», sagt Ruch.

Auch der Obwaldner CSP-Nationalrat Karl Vogler, einer der Köpfe hinter dem Gegenvorschlag, betont: «Wir haben hart gerungen um diesen Kompromiss.» Es sei dabei gelungen, eine wirtschaftsverträgliche Alternative zu erarbeiten und gleichzeitig die Initianten zum Rückzug ihrer Initiative zu bewegen. Das sei wichtig, so Vogler, denn: «Eine Annahme der Initiative hätte schwerwiegende Folgen für unsere Wirtschaft.»

Gewalt gegen Frauen

Maudet fordert nationale Plattform

Die Brutalität gegen Frauen nimmt zu. Pierre Maudet, Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren, fordert in der Sonntagspresse deshalb eine nationale Plattform gegen Gewalt an Frauen. Die Zahl der Attacken sei zwar nicht gestiegen, die Angriffe aber würden immer brutaler, kämen oft aus dem Nichts und ohne ersichtlichen Grund, sagte Maudet im «SonntagsBlick». «Offenbar haben wir jetzt eine Generation von 18- bis 30-jährigen Männern, von denen manche jede Gewalthemmung vermissen lassen», wird der Genfer Sicherheitsdirektor in der «NZZ am Sonntag» zitiert. Nicht nur seien Alkohol und Drogen im Spiel, manchmal habe das Phänomen auch mit dem Hintergrund der Täter zu tun. Gewisse Männer aus patriarchalen Kulturen betrachteten Frauen als etwas Minderwertiges.

Deshalb müsse die Integration von Migranten vorangetrieben und die Prävention verstärkt werden. Vor allem aber müssten alle Akteure - von der Polizei über die Justiz, die Opferhilfestellen, die Spitäler bis zu den Schulen und den Kantonen - miteinander kooperieren. Eine Möglichkeit für einen besseren Austausch wäre gemäss Maudet die Schaffung einer nationalen Plattform. Schärfere Gesetze seien hingegen nicht nötig. (SDA)